

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Juni 1923 bei täglich zweimaliger Zustellung 1,50 Mark. Postbezugspreis für einen Monat 14 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Zeitdauer berechnet; die erste Spalte 10 mm breite Zeile 30 Pf., für zweifache 25 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., anderthalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklamenspalte 150 Pf., anderthalb 200 Pf., Offertengebühr 10 Pf., wenn Anzeigen gegen Vorausbezahlung.

Verantwortlich: Nachrichten Dresden.
 Druckerei-Gesellschaft: 28 241.
 Nur für Nachrichten: 20 011.

Schreibleitung und Anzeigenstellen:
 Markstraße 38-40.
 Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
 Postfach - Amts 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unseriöser Schreiber werden nicht aufgenommen.

Das Rätsel des britisch-französischen Pacts.

Weitgehender Widerspruch zwischen der französischen und der englischen Fassung.

Behandlung der Entwaffnungsnote im Auswärtigen Ausschuss. — Ein amerikanisches Geschwader nach den Philippinen unterwegs.

Allgemeiner Jubel in Paris.

Berlin, 10. Juni. Nach allen aus Paris vorliegenden Nachrichten hat dort das Einvernehmen zwischen Frankreich und England wegen des Sicherheitspacts geradezu Jubel ausgelöst. Ein Abendblatt schreibt: Wir würden klammern, wenn wir nicht unsere Finanzsorgen hätten.

„Journal des Debats“ bemerkt u. a.: Im Jahre 1914 haben wir zwei verbündeten Nationen gegenüber mit zusammen 120 Millionen Einwohnern. Heute haben wir es nur mit einem Staat zu tun, der auf 60 Millionen Einwohner zurückgeführt worden ist. Wenn wir auch nicht mehr das russische Bündnis haben, so haben wir ein Bündnis mit einer Gruppe von Ozeanen, deren Interessen mit den unsrigen identisch sind und die zusammen etwa 70 Millionen Einwohner zählen.

Der Pariser Korrespondent der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ telegraphiert: Man erhebt aus diesen Bemerkungen, in welche Falle die deutsche Politik von den Alliierten gelockt worden ist. In der hiesigen Presse erregt ein Telegramm Aufmerksamkeit, wonach das deutsche Außenministerium nachgehende Organ die Bemerkung macht, daß kein Mensch in Deutschland dem Garantiepakt zustimmen werde und daß man diese Feststellung angesichts der letzten Ereignisse wohl für selbstverständlich hält. Aber auf der anderen Seite ist nicht zu übersehen, daß sich bei einer Weigerung nicht nur ein moralischer Sturm gegen Berlin erheben wird, sondern daß es möglicherweise zu einer noch engeren Annäherung zwischen Paris und London und zu neuen Bündnisplänen kommen kann, die ihre Spitze noch deutlicher gegen Deutschlands richten würden. Man gewinnt sogar den Eindruck, daß Briand und Chamberlain bereits mit einer solchen Entwicklung rechnen, und daß ihre gegenwärtige Vereinbarung nur die Vorstufe für viel weitergehende Pläne sind, die notwendig wären, um den Widerstand der englischen Flottenpolitik zu überwinden.

Die offizielle Pariser Auffassung vom französisch-englischen Paktabkommen lautet:

England stellt seine ganze Land-, See- und Luftmacht Frankreich und Belgien zur Garantierung der Rheingrenze zur Verfügung.

Die englische halboffizielle Auffassung lautet:

Großbritannien verpflichtet sich zur Hilfeleistung sowohl für Frankreich wie für Deutschland zwecks Garantierung der beiderseitigen Grenzen, aber nur innerhalb des Rahmens der Völkerverbindungen.

Offiziell wird betont, daß England das Opfer gebracht habe, seine Flotten aufzugeben, indem es sowohl Deutschland als auch Frankreich gegenüber bindende Verpflichtungen eingegangen sei.

Briand kehrt nach Paris zurück.

(Durch Funkpost.)

Paris, 10. Juni. Wie dem „Paris Post“ aus Genf berichtet wird, verläßt Briand heute im Automobil Genf. Er wird Donnerstag vormittag in Paris eintreffen. (w.)

Die Kontrollnote vor dem Außenausschuss.

Eine starkbesuchte Sitzung.

Berlin, 10. Juni. Der auswärtige Ausschuss des Reichstages trat heute vormittag zur Besprechung der Entwaffnungsfrage unter Vorsitz des Abg. Herzog (D.N.) zusammen. Von der Reichsregierung waren die Minister Dr. Stresemann, Schiele, von Schilben, Dr. Reubaus, Dr. Gehler und Dr. Trohne, sowie als Vertreter des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete der Generalreichskommissar Schmid erschienen, ferner eine ganze Reihe von Vertretern der einzelnen Länder. Fast sämtliche Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses nahmen an der Beratung teil. Auch der Reichstagspräsident Röbe war anwesend.

Reichsaußenminister Stresemann kennzeichnete in längeren Darlegungen den vorläufigen Standpunkt des Reichskabinetts zur Entwaffnungsfrage. Soweit die Entwaffnungsnote die Belange der Reichswehr berührt, erörterte diese Reichswehrminister Gehler. Die Verhandlungen, die sich in der Entwaffnungsnote gegen die Organisation der Polizei richten, besprach Reichsaußenminister Schiele, während Reichsfinanzminister v. Schlieffen über die Wirkungen der Note auf den Haushalt des Reiches und die Rentabilität der Reichsbahnen sprach. Im Rahmen des wirtschaftlichen Fragekomplexes, der durch die Entwaffnungsnote beeinflusst wird, äußerte sich Reichswirtschaftsminister Dr. Reubaus.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung nahmen die Abg. Graf Weizsäcker (D.N.), Dr. Breitscheid (Soz.), Dr. Spahn (Z.), v. Melsungen (D.N.), v. Freytag-Loringhoven (D.N.), Dr. Bredt (D.N.), Dr. Doehs (D.N.), Frau Wolke (Komm.) und v. Lindner (D.N.) das Wort. Derauf wurden die Verhandlungen abgebrochen.

Eine neue Sitzung des auswärtigen Ausschusses soll einberufen werden, sobald die angeforderte Note über den Garantiepakt in Berlin eingetroffen ist.

Seuchlerische Begleitmusik der Englischen Presse.

London, 10. Juni. Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht weiterhin das zwischen Briand und Chamberlain in Genf erzielte Uebereinkommen. Ein Teil der Blätter kritisiert scharf die offizielle französische Darstellung und befürchtet nachteilige Auswirkungen auf die deutsche öffentliche Meinung. In Telegrammen aus Berlin wird auf die ablehnende Haltung des größten Teiles der deutschen Presse gegenüber dem geplanten Uebereinkommen hingewiesen. Die Blätter betonen, daß der Pakt unbedingt zweifelhafte und gegenseitig sein müsse. „Daily News“ schreibt in einem Leitartikel: Wenn die Bedingungen des getroffenen Uebereinkommens so sind, wie sie der offizielle französische Bericht darstellt und wie sie in der Presse ausgelegt werden, so würde Europa mit dem größten diplomatischen Betrug.

Der seit dem Waffenstillstand begangenen wurde geprellt worden sein. „Daily News“ hofft, die Savas-Mitteilung werde von der französischen Regierung zurückgewiesen werden.

„The Economist“ schreibt, die französischen Anmerkungen würden die ernstesten Fragen auf. Wenn ihnen Glauben geschenkt werden sollte, so habe die Regierung etwas getan, was niemand erwartete. Das Frankreich wünsche, sei ein antideutscher Pakt, den keine britische Regierung unterzeichnen könnte. Man werde aber noch einige Tage warten müssen, bevor man die Art der Verpflichtungen erkennen könne, welche eingegangen worden seien. Es sei undenkbar, daß England ein militärisches Bündnis mit Frankreich und Belgien abschließen, wenn es auch noch in Beziehung mit Völkerverbindungen verlegt werde. (W. T. B.)

Macdonald gegen den Briandpakt.

London, 10. Juni. Ramsay Macdonald erklärte dem Parlamentsberichterstatter des „Daily Herald“, die gesamte Arbeiterpartei werde sich dem Abkommen Chamberlains mit Briand widersetzen, das der Beginn nicht eines allgemeinen Einvernehmens, den Frieden aufrecht zu erhalten, sei, sondern der Beginn individueller Pakte, Bündnisse und Garantien. Es werde nicht den Frieden fördern, sondern eine Atmosphäre für den Krieg schaffen. Seiner Ansicht nach werde England den Pakt nicht unterstützen, wenn es wisse, welche Lasten er ihm auferlege, und welches Risiko es übernehme.

„Daily Herald“ verkündet in fettdruckter Ueberschrift, daß die Arbeiterpartei die Paktspolitik angreifen werde. Das Blatt weist auf die abweichende Auslegung der in Genf erzielten Uebereinkunft seitens des Quai d'Orsay und des Foreign Office hin. Die Arbeiterpartei habe beantragt, die Frage im Parlament zu erörtern.

Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Herald“ zufolge ist in britischen amtlichen Kreisen sogar vollkommen in Uebereinstimmung worden, daß ein Uebereinkommen, wie es in Paris geschlossen wurde, erlangt worden sei. In Genf sei nur der Inhalt der nach Berlin zu sendenden Note vereinbart worden. Es werde eine freundschaftliche Note sein, die den deutschen Vorschlag eines Paktes gegenseitiger Garantien begründe und ganz allgemeine Grundsätze niederlege. (W. T. B.)

Empfänge bei Hindenburg.

Berlin, 9. Juni. Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichskanzler Dr. Luther und den Reichswirtschaftsminister Reubaus zum Vortrag über wirtschafts- und handelspolitische Fragen. Später nahm der Reichspräsident den Vortrag des Reichsministers Dr. Stresemann über ausenpolitische Angelegenheiten entgegen. (W. T. B.)

Die Reichstagsfraktionen beim Kanzler.

Berlin, 10. Juni. Reichskanzler Dr. Luther empfing gestern nachmittag dem „D. N.“ zufolge die Führer der Reichstagsfraktionen von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, um mit ihnen die Entwaffnungsnote, die heute Gegenstand der Beratungen im Auswärtigen Ausschuss sein wird, zu besprechen.

Protest der Deutschen Industriellen-Vereinigung.

Berlin, 10. Juni. Die Deutsche Industriellenvereinigung protestiert gegen die neue Ententennote, die die Verdrängung von Wirtschaftswerten in einer Höhe von mindestens 250 Millionen Mark fordere. Sie steht in der Note die Absicht der Entente, und weitere Grundlagen unserer Lebensmöglichkeit zu nehmen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß dieser rechtswidrige Eingriff in die staatlichen Autoritätsgrundlagen eine neue bolschewistische Welle über Deutschland bringen könne. Die Industriellenvereinigung erwartet von der Regierung eine Abkehrung der Forderungen, die die Not der Wirtschaft ins Unerträgliche steigern können.

Die bemängelten Gesetze der Zeitung Königsberg.

Königsberg, 10. Juni. Die „Königsberger Zeitung“ meldet: Das Unglaubliche leistet sich die Entente mit ihren Anschuldnungen gegen die Besatzungen Königsbergs. Die zum Abmontieren verurteilten Gesetze auf dreihundert Unterbau sind schon seit Jahr und Tag gar nicht mehr vorhanden.

Die Jungdeutsche vaterländische Arbeiterbewegung.

Von dem Reichsbund vaterländischer Arbeitervereine wird uns geschrieben:

Trügen nicht alle Anzeichen und sofern alle bejauend deutschen Männer und Frauen nicht ermatten im Zeitalter der sich überschlagenden Wahlen, so befinden wir uns jetzt in den letzten Ausläufern der Fiebererregungen der mit dem November 1918 zutage getretenen Revolution. Wie in Frankreich ein Napoleon die Dombra der durch die Günst der Straße zur „Herrschaft“ gelangten Revolutionsgewaltigen erst dann ablösen konnte, als diese im Uebermaß ihrer Unfähigkeit sich gegenseitig zerfleischten, so ist auch jetzt bei uns in Deutschland die Zeit gekommen, in der sich in immer stärkerem Maße Persönlichkeit und Charaktere herausarbeiten, um den Massen-Demokratismus und Sozialismus durch den Führer-Individualismus zu ersetzen. Man betrachte den Parlamentarismus mit seinen Begleiterscheinungen, dem „Aushandel“, dem „Reden am Futtertrog des Staates“ und der Jagd nach dem Mandat, und man kann es nur sehr verstehen, daß in den breitesten Massen das Verlangen nach einer Abkehr von der Herrschaft der toten Zahl immer mehr absterber und Erfüllung fordernd in die Erscheinung tritt.

Ähnliche Vorgänge sehen wir heute sich innerhalb der deutschen Arbeiterkraft entwickeln. „Soziale Praxis“, „Vorwärts“ und „Rote Fahne“ sind sich in gleichem Maße darüber einig, daß die Klassenkampf-Gewerkschaften durch die Revolution die Macht im Staate in einem Umfang erhielten, daß sie nicht der Entente den stärksten Weisgebungsfaktor in Deutschland darstellten: den Staat, die Wirtschaft, die Arbeiterkraft, die Arbeitskraft in eine Zwangsverwaltung nehmend, wie sie zentralistischer, uniformierter und die Energie und damit die Kaufkraft des Geldes hemmender kaum gedacht werden konnte. Dem Arbeiter wurden „Brot und Spiele“ versprochen, er erhielt Steine und Papierbillionen! Wohl aber haben die geprellten Arbeiter, daß ihre Führer es sehr wohl verstanden hatten, die „soziale Frage“ für sich zu lösen: Wintereinfahrt in Enghals und in Et. Worin, im Sommer Erholung auf der Millionär-Veranlagungshäute Madeira. Schieberveranlagungen am Kurfürstendamm usw. Kein Wunder, daß die stärksten Erklärungen durch die Arbeitermassen gingen. In dieser „Rot“ gründeten die marxistischen Gewerkschaftsführer das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gelb unter dem unwahren Geschrei, die „Reaktion“ sei im Anmarsch, um das Volk zu entrichten! Die stärksten Stützen des Reichsbanners sind die über 50 000 sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Diese „Führer“ der Arbeiterkraft, in sich selbst und auch sachlich unfähig, sich anzukennen, verkörpern heute den Inbegriff einer Zeit, die der Vergangenheit angehört. Sie stellen den geistigen und wirtschaftlichen Rückschritt dar, der jedweder neuen Gestaltung in der Arbeiterbewegung und der Wirtschaft abhold ist und diese bekämpft. Da sie es verstanden haben, entsprechend dem Bebel-Wort sich „in alle Institutionen des Staates einzuhohlen“, so wird man durch diesen Hinweis auch die ungeheuren Schwierigkeiten begreifen, die sich einer jungdeutschen vaterländischen Arbeiterbewegung entgegenstellen!

Und doch geht diese jungdeutsche vaterländische Arbeiterbewegung ihren Weg. Nächst ist es für die innere Bestimmung ihrer Bestrebungen geradezu ein Segen, daß sie sich durch unlagbare Schwierigkeiten hindurcharbeiten muß, oft sogar von den eigenen Freunden nicht verstanden, zumal es in unserer Zeit mit den undifferenzierten „heissen Bergen“ gar vielen nicht schnell genug aufwärts geht! Als die am weitesten rechtsstehende, jedoch parteipolitisch nicht gebundene Schwarz-weiß-rote Arbeiterbewegung bekämpft sie jedweden Internationalismus, wurzelt sich in der Auffassung, daß eine nationale auf Volksgang aufgebauete Wirtschaft und damit die staatliche Befugung nur bei einer fernvaterländischen Pflichterfüllung erreicht werden kann. Wirtschaftlich lehnt sie den Gedanken der Klassenabsonderung und damit die Ueberleitung zum Klassenkampf ab! Die vaterländische Arbeiterbewegung erblickt in der „Arbeit“ nicht eine „Ware“ als Gegenstand eines Schachergeschäftes von Organisation zu Organisation, sondern sie geht von dem Grundgedanken aus, daß Arbeit sittliche Pflicht, göttliches Gebot, Dienst an sich selbst, an der Familie, am Volke ist.

Im Unternehmer erblickt sie nicht den Ausbeuter, den Feind, den man bekämpfen und vernichten muß, sondern den Führer und verantwortlichen Träger der Wirtschaft. Von diesem verlangt und fordert sie, daß er im Arbeiter nicht ein totes Rad im Betriebe seiner Fabrik, sondern seinen Mitarbeiter und den Staatsbürger sieht, der gleich ihm eine Volksgastgabe und darum auch einen vollen Anspruch auf eine auskömmliche Entlohnung hat. Dem viel Macht gegeben ist, der hat auch entsprechend viele Pflichten, und darum ist es für die fernere Entwicklung der sozialen, politischen und organisatorischen Vorgänge innerhalb der deutschen Arbeiterkraft von ausschlaggebender Bedeutung, daß auch beachtliche Kreise der deutschen Unternehmerrchaft einen weitgehenden Umdenkungsprozeß durchmachen, daß auch sie nicht nur dem wirtschaftlichen, sondern dem noch bedeutungsvolleren geistigen Inhalt der Volksgemeinschaftsbewegung ihr Verständnis zuwenden. Nur unter solcher Voraussetzung erreichen wir jene christlich-sittliche Vertiefung des Zusammenwachens von Arbeitern und Unternehmern, ohne welche alles Reden von einer Volksgemeinschaft letzten Endes nur ein löwenes Erz bleiben muß.